

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/169

3. September 1976

Sozialpolitik als Feind der Frauen ?

-----  
Zu einer fragwürdigen Untersuchung des Instituts für  
Weltwirtschaft

Von Elfriede Eilers MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokra-  
tischer Frauen und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 / 42 Zeilen

Ratespiel um ein Raten-Schattenkabinett

-----  
Kanzlerkandidat Kohl sucht einen Landwirtschaftsminister

Von Dr. Martin Schmidt-Gellersen MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender des  
Bundestagesausschusses für Ernährung/Landwirtschaft/Forsten

Seite 2 / 31 Zeilen

Kohl wurde in die Ecke gedrängt

-----  
Schmidts TV-Diskussions-Vorschlag entspricht der Sachlage

Seite 3 / 40 Zeilen

Ein Offenbarungseid der Union

-----  
Ihre Scharfmacher gehen unter, wenn Argumente verlangt  
werden

Seite 4. / 44 Zeilen

Der Fall Würner bedarf noch der Klärung

-----  
CDU-Verteidigungs-"Schattenminister" verstieß gegen das  
Soldatengesetz

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 5, 6 und 7 / 116 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhard Ekerdt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 08 08 346-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Sozialpolitik als Feind der Frauen ?

Zu einer fragwürdigen Untersuchung des Instituts für Weltwirtschaft

Von Elfriede Eilers MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen  
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Begierig haben einige Tageszeitungen die Mitteilung des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel aufgegriffen, daß angeblich vor allem die Sozialgesetze und die Schutzbestimmungen zur Erwerbstätigkeit die Arbeitslosigkeit bei Frauen und Jugendlichen verschärft hätten. Die Mitteilung des Instituts ist in einer Untersuchung enthalten, die auf Veranlassung der Bundesanstalt für Arbeit zu Beschäftigungsproblemen in Industriestaaten angefertigt worden ist. Der Vorstand der Bundesanstalt hatte weder der Durchführung noch der Veröffentlichung der Studien zugestimmt.

Die Veröffentlichung der fragwürdigen Mitteilungen des Kieler Instituts ist umso erstaunlicher, als sie in krasssem Gegensatz zu jüngsten Äußerungen der Bundesanstalt für Arbeit stehen, daß der Ausbau und die Weiterentwicklung des Mutterschutzes erforderlich sei. Nach diesen Aussagen ist es unverständlich, daß die Bundesanstalt ohne Überprüfung schmalspurige Ergebnisse veröffentlicht, die das Gegenteil bedeuten. Dem kritischen Leser muß es so vorkommen, als würde damit unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit einer sozialen Demontage das Wort geredet. Bedauerlich ist weiter, daß ein Teil der Presse kritiklos die These übernimmt, daß eine gute Sozialpolitik für steigende Arbeitslosigkeit verantwortlich sei. Auch Präsident Stingl, unter dessen Namen u.a. die Untersuchung als Sonderdruck erscheint, muß sich Fragen lassen, ob er anstrebt, daß die Frauen den Arbeitsmarkt kampflos aufgeben. Sie sind, um arbeiten zu können, auf den Schutz der Sozialpolitik angewiesen. Nur durch sozialpolitische Absicherungen, wie z.B. das Mutterschutzgesetz, können sie ihr Recht auf Arbeit verwirklichen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich denn auch auf das Schärfste von den Schlußfolgerungen des Kieler Instituts distanziert: "Es hieße, die von einem großen Teil der Wissenschaft vorgeschlagenen und in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen für die Arbeitnehmer errungenen sozial- und tarifpolitischen Erfolge auf den Kopf zu stellen, wolle man diesen erforderlichen Schutz für die steigende und dauernde Arbeitslosigkeit unter Frauen und Jugendlichen verantwortlich machen."

Das Institut scheint jedenfalls Lösungsversuche zur Bekämpfung der Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit durch eine Verschlechterung deren sozialer und materieller Situation anzustreben. Denn es stellt zusätzlich fest, daß die Abschaffung von Leichtlohngruppen das Arbeitsplatzrisiko für minder qualifizierte Arbeitskräfte erhöhen könne. Damit wird den Kräften das Wort geredet, die im Frühkapitalismus steckengeblieben sind und noch nie von Rutenfranz und Romert gehört haben.

Die Tendenz der schmalspurigen Kieler Untersuchung ist klar: Frauen seid schön still, sonst bekommt ihr keine Arbeit. Die Autoren der Studie und die Verantwortlichen im Hintergrund werden aber das Gegenteil erreichen: Die Frauen werden um ihr Recht auf Arbeit und um ihren sozialpolitischen Schutz und dessen Ausbau kämpfen, und sie wissen dabei die SPD an ihrer Seite.

(-/3.9.1976/va/ee)

+ + +

Ratespiel um ein Raten-Schattenkabinett

Kanzlerkandidat Kohl sucht einen Landwirtschaftsminister

Von Dr. Martin Schmidt-Gellersen MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender des  
Bundestagaausschusses für Ernährung/Landwirtschaft/Forsten

Kohl hat immer noch nicht alle beisammen. Seit Monaten muß nun eine je nach politischem Standort enttäuschte oder belustigte Öffentlichkeit erleben, wie der Unions-Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl sein im Februar "sich selbst gegebenes Wort, im Mai die Vorstellung der Regierungsmannschaft vorzunehmen", nach monatelanger Verspätung kleckerweise einlädet. Einige Namen sind genannt, manche mit Ressorts, andere in alphabetischer Reihenfolge und ohne fachliche Zuordnung. Es bleibt den findigen Journalisten überlassen, das Namens-Puzzle zusammenzusetzen, aber noch geht das Spiel nicht auf.

Da bleibt die Frage unbeantwortet, wer, falls er es überhaupt schaffen sollte, Kohls Landwirtschaftsminister werden soll. "Etwas niemand, weil die CDU/CSU dieses klassische Ressort aufzulösen gedenkt?" fragt der Deutschlandfunk s'ffisant. Nein, sagen wir; denn das kann die Union den Bauern nicht antun. Außerdem hat Kohl einen Kandidaten, der Burghard Ritz heißt, den er aber nicht nennen darf, weil Strauß einen anderen hat und der heißt Konstantin Baron Heereman.

Strauß ist der Regisseur, der die Rollen besetzt. Offenes Geheimnis in Bonn ist, daß Heereman es wird, wenn er will. Aber, ob er will, weiß er selbst nicht. Dann er hat als Präsident des Deutschen Bauernverbandes Rücksicht zu nehmen auf ein Amt, das ihn zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet und das er aufgeben müßte, wenn er jetzt in die Freistil-Ringer-Riege der Union einträte. Heereman zögert, weil er weiß, daß die Union verliert und weil der Verlust eines Präsidentensessels nicht zumutbar ist für einen Mann, der Höheres im Sinne hat. Heereman zögert auch, weil der Finanzminister Strauß dem Bauernminister auf die Finger klopfen wird. Einen Vorgesmack hat Strauß in der letzten "Bilanz"-Sendung gegeben, als er rundweg eine Plafondierung, d.h. drastische Beschränkung, der europäischen Agrar-Ausgaben forderte. Das aber kann sich der amtierende Präsident eines Bauernverbandes wiederum nicht bieten lassen. - Fazit des grausamen Spiels: Da gibt es einen Kandidaten Kohl, der nicht darf, einen Präsidenten, der nicht kann, und die deutschen Landwirte, die vergeblich auf einen Namen im Kohl'schen Schattentankabinett warten.

(-/3.9.1976/vs/pr)

+ + +

Kohl wurde in die Ecke gedrängt

Schmidts TV-Diskussions-Vorschlag entspricht der Sachlage

Der Unions-Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl hat auf das generöse Angebot des Bundeskanzlers zu einer umfassenden und mehrteiligen Sachdiskussion vor den Fernsehschirmen genau so geantwortet, wie es erwartet werden mußte. Der CDU-Politiker, der seit Wochen und Monaten weiß, daß Helmut Schmidt nur zusammen mit seinem Koalitionspartner Hans-Dietrich Genscher fernsehdebatieren würde und wird, versucht nach wie vor, sich der zwangsläufigen Paarung mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zu entziehen, die ihn ebenso zwangsläufig in den Hintergrund der Vorstellung und des Geschehens rücken muß. Deshalb allein besteht Kohl auf dem sog. "Duell" mit dem Kanzler, weil ihn nur eine solche Gegenüberstellung von dem allmählich lähmenden und imagegeschädlichen Ruch befreien kann, doch nur der zweitbeste Kanzlerkandidat zu sein. Es wäre absurd, wenn man annehmen sollte, die SPD und ihr Kanzler würden diesem Rettungsversuch Vorachub leisten.

Das ist der nackte und nicht wegzudisputierende Tatbestand. Noch so bedachte Versuche in einigen Presseorganen, Dr. Kohl durch komplizierte Argumentation zu helfen, laufen am Kern der Sache völlig vorbei. Es ist nichts gegen den ständig zitierten richtigen und begreiflichen Wählerwunsch zu sagen, daß man die Spitzen der gegnerischen Parteien und Gruppen auf dem Fernsehschirm aus erster Hand miterleben wolle, was ja ein ganz anderes Bild ergibt als dies bei Teilnahmen an auch noch so lebendigen Wahlversammlungen möglich sein kann. Aber der zugespitzte Wunsch, daß sich nur Schmidt und Kohl gegenüberstehen sollten, läßt das Faktum unberücksichtigt, daß wir keine Präsidentschaftsrepublik sind, und daß am 3. Oktober das Parlament gewählt wird. Die CDU-Bundeskanzler jedenfalls haben in diesem Punkt genau die Positionen bezogen, die der sozialdemokratische Regierungschef heute berechtigterweise für sich in Anspruch nimmt. Im Übrigen würde sich bei der höchst erwünschten Realisierung des Vorschlages des Bundeskanzlers Gelegenheit genug bieten, auch im Vierer-Rahmen die direkte, freilich immer auf die Gruppierungen Koalition-Opposition bezogene TV-Konfrontation Schmidt-Kohl miterleben zu können. Vermutlich mehr, als das Kohl recht sein kann. Was also soll die unmutige Erregung?

Noch ein Wort zum Schluß: In einigen Kommentaren taucht die Vermutung auf, daß angesichts der zunehmenden Emotionalisierung des Wahlkampfes rationale Sachargumente nicht mehr bis zum Wähler durchdrängen. Das sind Urteile vom grünen Tisch. Jeder aktive Beobachter dieses Wahlkampfes "am Ort" weiß, daß jedenfalls außerhalb des Lagers der fanatisierten Unions-Anhänger die Bereitschaft bei den Wählerinnen und Wählern unvermindert, ja wachsend groß ist, sich sachlich informieren zu lassen. Genau das berücksichtigt und beabsichtigt der Bundeskanzler mit seinem Vorschlag. Man soll den deutschen Wähler nicht unbilligerweise unterschätzen.

Erhardt Eckert  
(-/3.9.1976/va/ee)

+ + +

### Ein Offenbarungseid der Union

Ihre Scharfmacher gehen unter, wenn Argumente verlangt werden

Kaum einem politischen Bereich ist die emotionalisierte, die Realitäten mißachtende öffentliche Auseinandersetzung so abträglich wie dem Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, und doch muß immer wieder gerade diese die äußerste Sorgsamkeit im Urteilen und Handeln erfordernde Problematik dazu herhalten, Gefühle aufzuputchen und den Verstand abzulenken.

So ist für die Unions-Parteien alles, was sich zwischen Bundesrepublik und DDR zuträgt, nur unter dem Aspekt interessant, ob es vielleicht dazu geeignet sein könnte, in irgendeinem - wenn auch noch so verdrehten - Sinne als Illustration ihres Wahlkampfes "Freiheit oder/statt Sozialismus" ausgegeben werden zu können. Die unsinnige Schein-Alternative, mit der die C-Parteien über ihre Unfähigkeit, die tatsächlichen Fragen unserer politischen Wirklichkeit zu beantworten, hinwegtäuschen wollen, soll dem Bürger dadurch näher gebracht werden, daß man versucht, die unfreiheitlichen Zustände in der DDR mit der Politik der sozialliberalen Koalition in einen Zusammenhang zu bringen. Sei es dadurch, daß die Koalition als dem Osten gegenüber zu schwächlich auftretend dargestellt wird, oder daß man ihr, namentlich der SPD, gleich unterreicht, im Grunde konzeptionell ja gar nicht so weit von dem "Sozialismus" in der DDR entfernt zu sein.

Dieses taktische Thema durchzieht in allen möglichen Variationen die Werbespots und Wahlkampfreden der Union. Indessen ist es bemerkenswert, wie kläglich, wie unbedeckt selbst ihre routiniertesten Scharfmacher dastehen, wenn sie sich mit diesem "Rüstzeug" in einer Atmosphäre sachlicher Argumentation behaupten sollen. Vor Millionen Beobachtern bewiesen das jetzt eindrucksvoll der hessische CDU-Vorsitzende Dr. Alfons Dregger, Innenminister im Kohl'schen Schattenkabinett, und der für kurze und dauerhafte Problemlösungen konservativen Stils bekannte Bundestagsvizepräsident und CSU-Abg. Dr. Richard Jaeger.

Das absolute Versagen dieser beiden exponierten Unions-Rechten in ihrem Bemühen, in der Fernseh-Diskussion "Innerdeutsche Politik auf dem Prüfstand" gegenüber Prof. Dr. Horst Ehmke (SPD) und Dr. Otto Graf Lambsdorff (FDP) auch nur die Andeutung einer alternativen CDU/CSU-Deutschlandpolitik zu entwickeln, war nicht auf individuelles Unvermögen zurückzuführen, sondern auf den Tatbestand, daß die Union, wenn sie gezwungen wird, in der harten Währung stichhaltiger politischer Argumente herauszugeben, nicht umhin kommt, den Offenbarungseid zu leisten. Die Verletzungen der Menschenrechte durch das DDR-System vor der Weltöffentlichkeit anprangern und auf die Ostberliner Regierung wirtschaftlichen Druck ausüben zu wollen, das war alles, was Dregger und Jaeger an Ideen zur Lösung der innerdeutschen Problematik beizusteuern hatten. Das eine geschieht seit Jahr und Tag, das andere hat sich längst als unpraktikabel erwiesen. Wie lange wollen sich die Prätorianer des Kalten Krieges noch blamieren, bis sie bereit sind einzugestehen, daß es zur Entspannungspolitik keine Alternative gibt? Wie lange will die Union noch mit Schreckgespenstern den Kampf um die Stimmen der Bürger führen?

Glaus Preller  
(-/3.9.1976/va/pr)

+ + +

Der Fall Wörner bedarf noch der Klärung

CDU-Verteidigungs-"Schattenminister" verstieß gegen das Soldatengesetz

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der sicherheitspolitische Sprecher der Opposition, Dr. Manfred Wörner, hat den hohen Stellenwert, den die äußere Sicherheit in der Gesamtpolitik einnimmt, ganz offensichtlich nicht erfaßt. Die Oppositionsparteien reden unter dem Slogan "Freiheit oder/statt Sozialismus" davon, daß die Bundestagswahl am 3. Oktober die Entscheidung über das Wohl oder Wehe der Bundesrepublik bringen werde. Allenthalben wird von ihnen für jeden Bereich der Politik, auch und gerade für die Verteidigung, gefordert, mehr zu tun, freilich ohne zu sagen, wie diese Maßnahmen bei gleichzeitiger Steuererleichterung für Unternehmer - einem nicht einlösbaren Unions-Wahlversprechen - finanziert werden sollen.

Statt, wie immer wieder versprochen, endlich eine sicherheits- und verteidigungspolitische Alternative der CDU/CSU aufzuzeigen, zog es Dr. Wörner vor, eine fünfwöchige Wehrübung bei der Waffenschule 50 der Luftwaffe und auf dem deutschen Luftwaffenschießgelände in Decimomannu/Sardinien abzuleisten. Dr. Wörner war damit der einzige Abgeordnete, der um eine Wehrübung in der Zeit des Wahlkampfes gebeten hatte.

In einer Zeit, in der die NATO und der Warschauer Pakt ihre Verteidigungsbereitschaft und Führungsgrundsätze durch Herbstmanöver mit Truppenstärken bis über 50.000 Soldaten vorbereiten und durchführen; in der die Reform der Heeresstruktur der Bundeswehr der Öffentlichkeit vorgestellt wird; in der führende Politiker und Militärs beider Bündnisse sicherheitspolitische Grundsatzklärungen abgeben; und in der die Bevölkerung einen Anspruch auch auf Stellungnahmen des sicherheitspolitischen Sprechers der Opposition hat, zog sich Dr. Wörner aus der politischen Öffentlichkeitsarbeit in das Cockpit einer Fiat G 91 zurück und übte sich zugleich im Kleinkrieg unsachlicher Polemik.

Die Frage, die sich angesichts dieses Verhaltens von Dr. Wörner stellt, ist die, ob er nicht mit einem Wahlerfolg der Unions-Parteien rechnet, oder ob er das Ausmaß der sicherheits- und verteidigungspolitischen Bedeutung für die Freiheit der Bundesrepublik nicht erkennt. Über ersteres entscheidet der Wähler. Letzteres würde, falls Dr. Wörner tatsächlich Verteidigungsminister werden sollte, eine Gefahr für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik bedeuten. Der CDU-Politiker hat in einleuchtender Weise verdeutlicht, daß die CDU/CSU keine Alternative zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik der sozialliberalen Koalition anzubieten hat, und daß er selbst keine personelle Alternative zu Bundesverteidigungsminister Georg Leber darstellt.

Klarstellung einer Affäre

Der Major d.R. Dr. Manfred Wörner hatte am 6. August im Unions-Pressedienst in einer sachlich nicht vertretbaren Weise Kritik an der vom Bundesverteidigungsminister mit Recht zurückgewiesenen Forderung nach einer höheren

Fliegerzulage geübt. Der rechtliche Hintergrund dieser Affäre wird geregelt durch das Grundgesetz (GG) und durch das Soldatengesetz (SG). Art. 5 Abs. 1 GG sichert jedem, also auch Dr. Wörner, das Recht zu, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Und niemand käme auf die Idee, dem Bürger oder gar dem Schatten-Verteidigungsminister Dr. Wörner das Recht streitig zu machen, sich öffentlich über Belange der Bundeswehr zu äußern.

Der Sachverhalt war jedoch rechtlich und politisch ein anderer. Der Reserveoffizier Dr. Wörner leistete in der Zeit vom 19. Juli bis zum 21. August, also zum Zeitpunkt seiner öffentlichen Kritik am Bundesminister der Verteidigung, als Major eine Wehrübung bei der Bundesluftwaffe ab. Und als Soldat genöß er nicht nur das Grundrecht aus Art. 5 GG, sondern unterlag gleichzeitig den Pflichten, die aus dem Soldatengesetz resultieren. Grundsätzlich stehen auch dem Soldaten nach § 6 SG die gleichen staatsbürgerlichen Rechte zu, wie jedem anderen Staatsbürger. Seine Rechte werden aber - wie Art. 5 Abs. 2 GG es ermöglicht und Satz 2 des § 6 SG es formuliert - im Rahmen der Erfordernisse des militärischen Dienstes durch seine gesetzlich begründeten Pflichten beschränkt.

Diese gesetzlich begründete Pflicht ist für den gegebenen Fall durch die §§ 15 und 17 SG geregelt. Der § 15 SG verbietet in seinen beiden ersten Absätzen eine politische Betätigung zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung im Dienst und innerhalb dienstlicher Unterkünfte. Der § 17 SG regelt in seinem Abs. 1, daß der Soldat Disziplin zu wahren und die dienstliche Stellung des Vorgesetzten in seiner Person auch außerhalb des Dienstes zu achten hat. Im Abs. 2 wird das Verhalten des Soldaten außer Dienst angesprochen: Sein Verhalten muß dem Ansehen der Bundeswehr sowie der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die sein Dienst als Soldat erfordert. Außer Dienst hat sich der Soldat außerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen so zu verhalten, daß er das Ansehen der Bundeswehr oder die Achtung und das Vertrauen, die seine dienstliche Stellung erfordert, nicht ernsthaft beeinträchtigt.

Dr. Wörner nimmt nun - mit Unterstützung anderer Unions-Politiker - für sich in Anspruch, daß seine Stellungnahme vom 6. August 1976 im CDU/CSU-Pressedienst weder eine politische Betätigung im Dienst noch eine innerhalb dienstlicher Unterkünfte, somit auch kein Verstoß gegen § 15 SG gewesen sei. Im Mittagmagazin des WDR 2 hatte Dr. Wörner am 11. August um 14.30, also während seiner Dienstzeit, zwar bestätigt, daß er in Uniform diensthabender Major sei, aber zugleich betont, daß er doch nicht aufhören könne, deswegen Sprecher der Opposition zu sein; und wenn es aktuelle Fragen zur NATO-Politik usw. gebe, dann erwarte man doch von ihm Stellungnahmen. Der Soldat müsse natürlich, so Wörner, bei einem parteipolitischen Engagement außerhalb der Dienstzeit nur in der Art, wie er seine Meinung äußert, eine gewisse Zurückhaltung üben. Mehr habe er jedenfalls mit seiner verteidigungspolitischen Erklärung nicht getan.

#### Offener Verstoß gegen das Soldatengesetz

Wenn dem so wäre, wäre gegen die Wörner-Außerungen nicht viel einzuwenden. Aber dem ist nicht so.

Die Erklärungen des CDU-Politikers, daß das Verhalten des Bundesministers der Verteidigung einem guten Führungstil Hohn spreche und Georg Leber sich

einen Verstoß gegen die Grundsätze der inneren Führung vorhalten lassen müsse; und daß der Verteidigungsminister mit den Fakten aus seinem Geschäftsbereich nicht vertraut, also sachlich nicht informiert sei, sowie die dem Mittegemagazin gegenüber abgegebene Bekräftigung dieser Unterstellungen verbunden mit dem Vorwurf: "Herr Leber hat schlechte Nerven. Das fällt mir in der letzten Zeit immer wieder auf", haben mit einer verteidigungspolitischen Erklärung nichts mehr zu tun. Sie sind Wahlkampf Übelster Sorte und ein offener Verstoß gegen § 17 SG.

Der parteipolitische Charakter der Wörnerischen Äußerungen in der gegebenen Situation ist unverkennbar, wie der CDU-MdB Damm mit bemerkenswertem Gespür für den politischen Mißgriff seines Fraktionskollegen feststellte, als er jüngst versuchte, Wörner zu rechtfertigen, dann aber doch einräumte, daß es politisch klüger gewesen wäre, wenn er, Damm, diese Äußerungen getan hätte. Folgerichtig setzt sich der Abg. Carl Damm beim Rechtfertigungsversuch für Dr. Wörner im CDU-Fraktions-Pressedienst vom 11. August auch nicht mit den rechtlichen Bestimmungen des § 17 SG auseinander.

Mag die Äußerung Dr. Manfred Wörners im Sinne des § 17 Abs. 2 SG anfänglich auch "nur" als eine "einfache" Beeinträchtigung der Bundeswehr und der Achtung und des Vertrauens, die die dienstliche Stellung des Major d.R. Wörner erfordert, zu bewerten gewesen sein, so ist diese Beeinträchtigung durch die aus den Angriffen Wörners entstandene - und von ihm sicherlich nicht ungern gesehene - Diskussion in der Bundeswehr und in der Presse zu einer ernsthafte Beeinträchtigung geworden, deren politische Konsequenzen Dr. Wörner zu tragen hat. Rechtlich hat Major d.R. Dr. Wörner sich darüber hinaus wegen eines Dienstvergehens nach § 17 Abs. 1 SG zu verantworten.

Daran ändert auch die unerwertete Schützenhilfe nichts, die Dr. Manfred Wörner in unqualifizierter Weise vom Bundesvorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Oberst zV. Heinz Volland, erhalten hat. (-/3.9.1976/vp/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller